



INFOBLATT

Informationen der SPD Pankow

Juli-September 2018 | Nummer 99



Liebe Genoss*innen,

die aktuellen Ereignisse in Chemnitz unterstreichen, wie notwendig unser Engagement als antifaschistische Partei ist. Darin dürfen wir nicht nachlassen!

Gleichzeitig müssen wir uns um die Zukunft unserer sozialdemokratischen Partei sorgen. Dabei können wir jedoch nicht auf die Diskussionen auf Bundes- oder Landesebene warten. Der Prozess SPDERneuern ist ins Stocken geraten. Neuaufstellung bedeutet auch nicht, neue Bilder in Abgeordnetenhandbüchern, neue Nutzer*innen von Dienstwagen oder großes rhetorisches Talent. Das habe ich bereits auf dem Landesparteitag am 2. Juni deutlich gemacht. Wir sollten uns auch hüten, Personalfragen außerhalb von Gremien in Papierchen zu gießen. Wir können die Fragen, die uns betreffen, bereits heute selber bearbeiten. Daher habe ich zu „SPD weiter neu aufstellen — Verankerung im Bezirk ver-

tiefen: Herausforderungen für den Kreis Pankow“ Thesen verfasst. Diese sind bereits im Kreisvorstand andiskutiert worden. Ende November wollen wir darüber in einer Kreisvorstandssitzung weiter diskutieren. Einige Gliederungen haben mich bereits eingeladen, um dort den Genoss*innen die Thesen vorzustellen.

Mit dem alten sozialdemokratischen Gruß:
FREUNDSCHAFT!

Euer Knut Lambertin (Kreisvorsitzender)

Terminankündigung

Am Freitag, 30. November, ab 18 Uhr veranstaltet die SPD Pankow im Ratssaal des Rathauses Pankow eine parteiöffentliche Veranstaltung zum Thema „Schulbauoffensive in Pankow“. Dazu stellt unsere Senatorin Sandra Scheeres die bereits getätigten und die geplanten Maßnahmen im Bereich der Schulsanierung und des Schulbaus in Pankow vor und kommt mit den Genoss*innen und den Bürger*innen ins Gespräch.

Inhalt

Grußwort des Kreisvorsitzenden	S. 1
Neonazis und AfD / sbg Pankow e.V.	S. 2
Kreis-Sommerfest / Frauenwahlrecht	S. 3
D. Buchner: Blankenburger Süden	S. 4
S. Scheeres: Kitas in Berlin	S. 5
R. Schröder: Sicherung Kleingartenanlagen	S. 6
Ella-Kay-Preis, R. Tietje: Tourismuskonzept	S. 7
K. Mindrup: Klimaschutz als Chance	S. 8-9
Solidarisches Grundeinkommen	S. 10
Nachruf Jörg Richter	S. 10
G. Bischoff: Soziales und demokratisches Europa / Impressum	S. 12

Neonazis und AfD marschieren gemeinsam in Chemnitz

Eine Auseinandersetzung am Rande des Stadtfests in Chemnitz vor zwei Wochen forderte ein Todesopfer. Der Tat verdächtig sind zwei Flüchtlinge. Schnell mobilisierten rechtsradikale Hooligans und die rechte Organisation Pro Chemnitz zu einem Aufmarsch, aus dem heraus es zu Jagdszenen und Gewalt gegen Protestierende, nicht bio-deutsche Personen und Polizei kam. Tags darauf gab es eine weitere Demonstration, diesmal mit Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet. Eine Woche später riefen AfD und „Pegida“ zu einem zynischen „Trauermarsch“ auf, auf dem Politiker der AfD Seit‘ an Seit‘ mit vorbestraften Neonazis liefen.

Schlussfolgerungen gibt es einige: Offensichtlich ist der Versuch, die öffentliche Meinung zu manipulieren und die Erzählung der „kriminellen Ausländer“ zu bedienen. Der scheinbar spontane neonazistische Aufmarsch sollte nach innen Stärke demonstrieren, die die extreme Rechte bundesweit nicht hat. AfD und Neonazigruppen sehnen sich nach Vorfällen mit Flüchtlingen, um ihr Weltbild zu bestätigen. Die AfD entwickelt sich immer mehr zu einer Partei, in der Rechtsextremismus einen wachsenden Raum einnimmt und die offen mit Nazis paktiert – wenn sie nicht in weiten Teilen bereits selbst Nazi-Partei ist. Der Kampf gegen rechts kann nicht durch Appelle an Anstand gewonnen werden. Auch der Ruf nach einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz suggeriert Ohnmacht. Gegen Neonazis helfen Haltung, eine echte Auseinandersetzung mit deutscher Vergangenheit und Gegenwart auf allen Ebenen sowie ein robuster Rechtsstaat, für alle, die auf nichts anderes hören.

„Sozialistische Bildungsgemeinschaft e.V.“ in Pankow gegründet – Interview mit dem Vorsitzenden Hans Misselwitz

Lieber Hans, du bist der Vorsitzende des neu gegründeten „sbg e.V.“ Was verbirgt sich hinter diesem Namen?

Wir knüpfen damit an eine sozialdemokratische Tradition an. Dass wir mit dem Namen „Sozialistische Bildungsgemeinschaft“ Anstoß erregen, ist uns bewusst. Anstoßen wollen wir das Bewusstsein, dass eine Erneuerung der Sozialdemokratie nicht ohne Auseinandersetzung mit ihren Traditionen und Quellen, mit ihrer ganzen Geschichte gelingen kann.

Wer ist schon mit an Bord? Und wen wollt ihr noch gewinnen?

Wir sind zunächst ein kleiner Gründungskreis. Birte Darkow und Rolf Henning sind die Stellvertretenden Vorsitzenden. Knut Lambertin und Stephanie Wölk sind auch mit dabei. Und Roman Kühn, der als unser Bildungsbeauftragter im Kreisvorstand ein wichtiges Bindeglied zur Bildungsarbeit der Partei darstellt.

Gewinnen wollen wir vor allem Genoss*innen, die als Referent*innen mitwirken können, sei es für bestimmte Themen oder als Team*innen. Wir brauchen natürlich auch die Unterstützung derer, die uns mit ihren Förder- oder Mitgliedsbeiträgen (mindestens 5 Euro monatlich) eine solche Arbeit ermöglichen.

Welche Themen und Formate wollt ihr als Verein in den nächsten Jahren ins Zentrum eurer ehrenamtlichen Arbeit stellen?

Wir möchten vor allem vor allem Jüngere und Neumitglieder interessieren. Sie haben Erwartungen, die weit über den politischen Alltag hinausgehen. Weil Bildung etwas anderes als Schulung ist, geht es darum, die Teilneh-

mer*innen einzubeziehen, und offen für ihre Fragen zu sein. Wir wollen Zugänge zu Grundfragen unserer Zeit eröffnen, um mit den theoretischen Grundlagen der Sozialdemokratie zu prüfen, welche Lösungen wir zu bieten hätten.

Unser Pankower Kreis-Sommerfest



Unser Kreis-Sommerfest im Einsteinpark am 25. August war trotz Regen gut besucht. Unsere Pankower Abgeordneten Clara West und Tino Schopf haben das Fest eröffnet. Auch Senatorin Sandra Scheeres war dort, um mit Bürger*innen und Genoss*innen ins Gespräch zu kommen. Der Himbeer-Käsekuchen der Abteilung 14 und die roten SPD-Luftballons bleiben in Erinnerung.

Für Elise – eine Kampagne der ASF Pankow zum Thema 100 Jahre Frauenwahlrecht

Wer ist eigentlich Elise? Fast jede*r kennt das Klavierstück, doch kaum jemand weiß, wer Elise tatsächlich war. Kein Wunder, denn auch die Wissenschaft weiß es bis heute nicht.

Genau andersherum verhält es sich mit den Vorkämpferinnen für die Frauenrechte. Ihre Zahl ist groß. Ihre Errungenschaften vielfältig. Jede*r weiß, dass es sie gab, doch ihre Namen sind oft in Vergessenheit geraten. So ist zum Beispiel der Name Elise Panzeram, der die

Kampagne der ASF Pankow gewidmet ist, heute kaum jemandem mehr geläufig. Auch Agnes Wabnitz, deren Begräbnis zehntausende von Menschen begleiteten, kennen heute nur noch Eingeweihte.

Um diesem Vergessen entgegenzutreten und unsere Vorkämpferinnen zu würdigen, gibt die ASF Pankow eine Broschüre heraus. Wir stellen 14 Pankower Frauen vor, die sich im Lauf der letzten 100 Jahre um den Kampf für Frauenrechte, um Pankow und um Berlin verdient gemacht haben. Doch weil Würdigung mehr ist als nur Erinnern, beschäftigen wir uns auch mit dem aktuellen Status quo. Hat sich der Kampf gelohnt? Worum kämpfen wir noch heute?

Neben biographischen Kamingsgesprächen, Infoständen, Picknicks in historischen Kostümen und noch vielem mehr, werden wir auch feiern: Am 19. Januar 2019 wird es eine große Wahlparty geben, denn genau vor 100 Jahren durften Frauen dann zum ersten Mal wählen und auch gewählt werden.



Und wenn Ihr nun wissen wollt, wer denn Elise und Agnes waren, dann kommt zu unseren Veranstaltungen, besucht uns auf unserer Internetseite oder auf Facebook.

Kathrin Kammermeier

Blankenburger Süden



Viele kennen die Rieselfelder am Blankenburger Pflasterweg, die in den kommenden rund zehn Jahren auf einer Fläche von rund 90 Hektar zu einem neuen Stadtquartier entwickelt werden sollen. Die Fläche ist damit eines von insgesamt 13 großen Wohnungsbauvorhaben in Berlin. Dass das Gebiet für Wohnungsbau geeignet ist, ist sogar unmittelbar vor Ort relativ unstrittig, allerdings erwartet man in Blankenburg mit Recht, die heute schon bestehenden Probleme vor allem im Straßenverkehr zu lösen und die Infrastruktur vor Ort (Schulen, Kitas, Sportflächen) weiter zu entwickeln.

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung Anfang März 2018 wurden Bürger*innen genauso wie anwesende Bezirksverordnete und Abgeordnete dann von drei Planungsalternativen überrascht, die für den Wohnungsbau nicht mehr nur die Rieselfelder in den Blick nahmen, sondern ein insgesamt 540 Hektar großes Untersuchungsgebiet unter Einschluss Heinersdorfs. Entsetzt mussten wir dabei feststellen, dass die Senatsverwaltung auch die Anlage Blankenburg mit ihren rund 1600 Parzellen und vielen Dauerbewohnern sowie Teile des Golfplatzes anderweitig bebauen wollte.

Als Abgeordneter habe ich noch auf dieser Versammlung das Wort ergriffen und deutlich gefordert, die Pläne allein auf die „Kernfläche“, also die Rieselfelder zu konzentrieren und die Anlage Blankenburg und den Golfplatz zu erhalten. Auch die Tangential-Verbindung Nord, eine 4-spurige Straße mitten durch die Anlage, habe ich abgelehnt. Mit diesen Forderungen entwickelte ich mit Unterstützung von Klaus Mindrup (MdB) und Roland Schröder (BVV-Fraktionsvorsitzender) einen Antrag für die Bezirksverordnetenversammlung, der am 6. Juni schließlich von der BVV beschlossen wurde. Der Bezirk hat sich damit der Auffassung angeschlossen, nur die Rieselfelder zu bebauen.

Die Nutzer*innen und Bewohner*innen der Anlage Blankenburg sind seit März in heller Aufregung, weil sie um ihren Besitz fürchten. Völlig unnötig hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen die Chance verspielt, mit der Bebauung von 90 Hektar schnell ein neues Stadtquartier zu schaffen. Nachdem auch im Abgeordnetenhaus bei SPD und Linken Widerstand gegen die Pläne von Frau Lomscher deutlich wurde, ist relativ klar, dass derzeit in der Verwaltung an der „Alternative D“ gearbeitet wird, nämlich einer Planung für die Kernfläche. Unglücklicherweise wird das aber derzeit nicht der Anlage Blankenburg kommuniziert, um Zweifel auszuräumen.

Der Beteiligungsprozess wird weitergehen. Leider waren die beteiligten Verwaltungen bis heute nicht in der Lage, weitergehende Planungen, etwa für die Trassenführung der Straßenbahn oder eine Verkehrslösung vorzulegen. Das Thema wird uns damit noch eine ganze Weile begleiten.

Dennis Buchner, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses

Kitas in Berlin: Bessere Bezahlung, mehr Personal und ein Kita-Navigator

Zum Ende des Kita-Jahres hat sich die Situation entspannt. Rund 30.000 Schulanfänger*innen verließen im Sommer die Kitas und neue Kinder können nachrücken. Das ist die gute Nachricht.

Die weniger gute Nachricht lautet: Diese Entspannung wird nicht lange anhalten. Die Kinderzahlen steigen weiter, genehmigte Kita-Plätze können teilweise nicht angeboten werden, weil Fachkräfte fehlen. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird es immer schwieriger, den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz umzusetzen.

Meine Position ist bekannt: Erzieher*innen müssen deutlich besser bezahlt werden. Ich setze mich dafür ein, dass mit den Verhandlungen zwischen der Tarifgemeinschaft der Länder und den Gewerkschaften Anfang 2019 die Löhne steigen und die Gehaltslücke zu den Brandenburger Fachkräften geschlossen wird. Allerdings wird das akute Fachkräfteproblem damit allein nicht gelöst.

Ich möchte an den beschlossenen Verbesserungen beim Betreuungsschlüssel festhalten. Es handelt sich hier um Qualitätsstandards, die wir nicht aufgeben sollten. Damit bleibt aber nur eine Option: Wir benötigen möglichst schnell mehr und adäquates Personal. Das geht nur mit Quereinsteigenden, mit Personen in der berufsbegleitenden Ausbildung. Und wenn wir uns trauen, auch neue Wege zu gehen.

Wir haben bereits einiges unternommen, z. B. das Maßnahmenpaket mit Prämien für zusätzliche Plätze und Vereinbarungen zwischen Kita-Eigenbetrieben und Bezirken. Diese Vereinbarungen haben für sehr dringende Bedarfe schnell Plätze ermöglicht. Daran

müssen wir nun anknüpfen und eine Übergangsstrategie für die nächsten Jahre entwickeln. Dazu gehören unter anderem folgende, teils befristete Maßnahmen:

Für Personen mit einem Mittleren Schulabschluss (MSA) soll der Zugang zur Erzieher*innen-Ausbildung erleichtert werden. Der Quereinstieg und die berufsbegleitende Ausbildung soll weiterhin gefördert werden. Auch verbindliche Ausbildungsquoten für die Kita-Eigenbetriebe und Ganztagschulen sind eine Option. Kita-Leitungen und Fachkräfte, die ausbilden, sollen mehr Unterstützung erhalten. In vielen Kitas arbeiten bereits sogenannte „sonstige geeignete Kräfte“, beispielsweise Musiker oder Künstlerinnen. Diese Personen sollen angerechnet und weitere gewonnen werden. Finanzielle Unterstützung der Ausbildung wollen wir gewähren, wenn (Aufstiegs-)BAföG nicht bezahlt werden, u.a. soll ein Stipendienprogramm geprüft werden. Wir streben auch die Erleichterungen bei der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen an. Außerdem soll die Tagespflege ausgebaut werden. Und die Kita-Platz-Suche muss elternfreundlicher werden. Dazu soll ein verbessertes Online-Angebot („Kita-Navigator“) ab 2019 beitragen.

Parallel dazu laufen die Bauarbeiten auf Hochtouren. Für die Schaffung neuer Kitaplätze werden in den Jahren 2018 und 2019 mindestens 210 Millionen Euro investiert. Bis 2021 sollen 25 000 weitere Kita-Plätze entstehen. Die Zielmarke lautet: 193 000 Plätze.

Wir arbeiten dafür, dass jedes Kind einen guten Kita-Platz bekommt.

Sandra Scheeres, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie

SPD-Fraktion in der BVV Pankow setzt sich erfolgreich für die Erhaltung und Sicherung der Kleingartenanlagen ein!

In enger Abstimmung mit den Kleingartenverbänden des Bezirks hat die SPD-Fraktion die Initiative ergriffen und mit der Drucksache VIII-0465 „Langfristige Sicherung der Kleingartenanlagen im Bezirk Pankow“ einen umfassenden Beschluss zum Schutz der Kleingartenanlagen erwirkt. Dieser wurde mit den Stimmen der rot-rot-grünen Zählgemeinschaft in der 17. Tagung der BVV beschlossen.

Die Kleingartenanlagen erfreuen sich immer größerer Beliebtheit und haben unterschiedlichste planungsrechtliche Einstufungen und Eigentumsverhältnisse. Dadurch sind die dauerhaften Perspektiven für den Fortbestand zum Teil nicht abschließend geklärt. Kurze Laufzeiten bei den Schutzfristen, mögliche Änderungen des Flächennutzungsplans und die sich einschleichende Verfestigung von Wohnnutzungen gefährden die langfristige Erhaltung einzelner Anlagen. Das führt zu Unsicherheiten bei den Kleingärtner*innen und ihren Verbänden. Eigentümer*innen, Projektentwickler*innen und andere Institutionen sehen allzu oft nur Bauerwartungsland auf bestehenden Kleingartenanlagen und streben deren Inwertsetzung an, ohne auf den Bestand und seine wichtigen Funktionen zu achten. Derartige Ansätze und Bestrebungen sind gegenüber der letzten Beschlussfassung der BVV Pankow aus dem Jahr 2013 verstärkt festzustellen. Dem steht im Bezirk Pankow eine ausreichende Bereitstellung von großen Bauflächen für den Wohnungsneubau gegenüber, welche die BVV mit der Drucksache VII-1203 – ebenfalls auf Initiative der SPD-Fraktion – beschlossen hat. Die Vernichtung von Kleingartenanlagen ist also für die Ver-

sorgung mit künftigem Wohnraum nicht erforderlich.

Durch den Beschluss sind das Bezirksamt und damit der zuständige Bezirksstadtrat Vollrad Kuhn (Bündnis90/die Grünen) mit der Umsetzung der folgenden Aufgaben beauftragt:

- Aufnahme aller im Bezirk Pankow vorhandenen Kleingartenanlagen in den Kleingartenentwicklungsplan des Landes Berlin und dauerhafte Erhaltung als Planungsziel.
- Alle im Bezirk Pankow vorhandenen Kleingartenflächen im Flächennutzungsplan von Berlin mit der Einstufung als Grünflächen beizubehalten oder zukünftig einzustufen.
- Frühzeitige Verlängerung der Schutzfristen der Kleingartenanlagen bis mindestens zum Jahr 2030.
- Sukzessive Aufstellung von Bebauungsplänen für 19 Kleingartenanlagen zur deren planungsrechtlicher Sicherung durch das Bezirksamt und die BVV Pankow.

Mit diesem Beschluss haben wir unter berlinweiter Beachtung Maßstäbe gesetzt und klargestellt, dass wir unsere „grünen Lungen“ vor den Gewinnmaximierungsinteressen des Kapitals schützen wollen und werden. Nun ist also das Bezirksamt gefordert, mit der gezielten Aufstellung von Bebauungsplänen für eine möglichst zügige Umsetzung zu sorgen und sich gegenüber der Landesebene für die Erhaltung und Sicherung der Kleingartenanlagen einzusetzen. Die Pankower SPD-Fraktion wird diesen Prozess in weiterhin enger Zusammenarbeit mit den Kleingartenverbänden kritisch-konstruktiv begleiten.

Roland Schröder, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV Pankow

Der Ella-Kay-Preis 2018 der Pankower SPD geht an den Verein „JUP e.V.“

Ein Interview mit der Geschäftsführerin Jana Ringer



Frau Ringer, was werden Sie mit dem Preisgeld machen?

Erst einmal möchten wir uns an dieser Stelle erneut für die Aufmerksamkeit und Bestätigung unserer Arbeit durch die Pankower SPD bedanken. Wir haben ein gemeinsames großes Kochen veranstaltet und alle Ehrenamtlichen dazu eingeladen. Da ist große Freude aufgekommen.

Was bedeutet dem Jugendzentrum diese Ehrung?

Bei uns im JUP e. V. setzen sich viele (junge) Menschen für ein diskriminierungsarmes Miteinander ein und es gibt uns natürlich Kraft, auch von politischer Seite das Signal zu bekommen, dass dies weiter erwünscht ist.

*Ihre Arbeit ist mehr denn je wichtig. Was entgegen Sie Ihren Kritiker*innen?*

Es ist wichtig, in der heutigen Zeit ein diskriminierungsarmes Miteinander zu fördern, um ein menschenfreundliches Miteinander zu ermöglichen. (Historisch-)Politische Bildungsangebote werden wir weiterhin als einen unserer Schwerpunkte betrachten. Ferner gilt es, die Selbstorganisation von jungen Menschen zu fördern und zu begleiten, weil diese Menschen auch unsere Zukunft der hiesigen Gesellschaft mitgestalten werden.

Jenseits von Brandenburger Tor und City-West – Pankow gibt sich ein neues Tourismuskonzept

Bierbikes, Ferienwohnungen in der Nachbarschaft, Dauerparty im Mauerpark – Tourismus hat mitunter einen schlechten Ruf. Meist zu Unrecht: Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die größte Gruppe der Berlin-Gäste sind Kulturinteressierte über 35 Jahren – anders als das Klischee vom Party-Tourismus vermuten lässt. Und viele Gäste kommen mehrmals. Über 60 % der Deutschen waren schon einmal in Berlin und wollen wiederkommen.

Hier setzt das neue Tourismuskonzept 2018+ für die gesamte Stadt an. Wer nicht zum ersten Mal hier ist, kennt Sehenswürdigkeiten wie das Brandenburger Tor oder die Siegessäule schon und interessiert sich eher dafür, was abseits der ausgetretenen Pfade zu entdecken ist. Positiver Nebeneffekt: Besonders stark besuchte Gegenden der Stadt werden entlastet. Um diesen dezentralen Ansatz umzusetzen, werden auch die Bezirke stärker in die Tourismusentwicklung einbezogen.

Auf Grundlage dieser berlinweiten Neuausrichtung erstellt im Moment auch Pankow ein neues Tourismuskonzept. Das Projekt wird begleitet von einer Arbeitsgruppe, in der lokale Akteur*innen aus Kultur und Tourismus, Bezirksverordnete sowie die Berlin Tourismus & Kongress GmbH visitberlin vertreten sind. In den Prozess werden außerdem Bürgerinitiativen und Vereine aus den einzelnen Ortteilen einbezogen.

Denn die Akzeptanz der Nachbarschaft bleibt die schwierigste Aufgabe für die Tourismusentwicklung. Bisher unentdeckte Highlights bekannter machen und gleichzeitig den Anspruch vom stadtverträglichen Tourismus umsetzen – das ist die Herausforderung. Der Ent-

wurf des neuen Pankower Tourismuskonzeptes wird im November den Bezirksverordnungen vorliegen.

Rona Tietje, Bezirksstadträtin für Jugend, Wirtschaft und Soziales

Klimaschutz als Chance



Viele erinnern sich noch gut an den gefluteten Gleimtunnel. Autos stapelten sich dort im Sommer 2016 nach einem Starkregenereignis. Wochenlang war der Tunnel gesperrt. Um ähnlichen Ereignissen vorzubeugen, wird nun unter dem Mauerpark ein Stauraumkanal gebaut, in dem das Regenwasser zwischengespeichert und später in die Kanalisation gepumpt wird. Denn wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass diese Extremwetterereignisse in der Zukunft häufiger vorkommen werden. Die Stadt Berlin wird Milliarden Euro investieren müssen, um die Folgen des Klimawandels möglichst verträglich zu gestalten - von Investitionen zur Wasserspeicherung ("Schwammstadt Berlin") bis hin zu einer konsequenten Begrünung der Stadt, um durch Pflanzen die Luft zu kühlen und zu reinigen.

Schauen wir über den Berliner Stadtrand hinaus nach Brandenburg. Dort erleben wir gerade eine extreme Trockenperiode. Einige Bauernhöfe müssen jetzt Notschlachtungen vor-

nehmen, weil ihnen das Futtermittel ausgegangen ist. Bundesweit rechnet man mit Milliarden Schäden. Auch noch etwas weiter nördlich an deutschen Stränden werden wir bald die Folgen des Klimawandels spüren. Der Meeresspiegel steigt und der Bau höherer Deiche läuft bereits - auch das ist ein Milliardenprojekt.

Der menschengemachte Treibhauseffekt wirkt, die Erde glüht. Die Folgen des Klimawandels erreichen uns nun. All das sind Entwicklungen, die die Klimaforschung bereits vor Jahren prognostiziert hatte.

Den meisten Menschen in unserem Land sind die Konsequenzen des Treibhauseffektes bekannt. Leider erleben wir auch aktive Desinformationskampagnen - besonders in den USA. Renommiertere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden gezielt in Zweifel gezogen. Auch in Deutschland gibt es diese Versuche: Die AfD-Fraktion verneint konsequent den menschengemachten Klimawandel und betreibt dazu ähnliche Verleumdungsversuche. Damit rüttelt die Partei an den Grundfesten unserer Demokratie. Ich sage: Jeder hat zwar ein Recht auf eine eigene Meinung, aber niemand hat das Recht auf eigene Fakten. Der Klimawandel ist erwiesenermaßen real und wir müssen jetzt etwas unternehmen, bevor es zu spät ist.

Wir müssen keine Angst vor einer klimafreundlichen Politik haben, sie bietet viel mehr Chancen als Risiken. Eine Chance auf eine Gesellschaft, die ihren wirtschaftlichen Wohlstand ökologisch und gesund produziert. Weil gerade der Verbrauchernutzen der Energiewende immer wieder in Frage gestellt wird, ein kleines Beispiel: Das Aachener Modell für Solaranlage ist 1992 mit 2 D-Mark pro Kilowattstunde Strom gestartet, heute kostet eine Kilowattstunde Photovoltaikstrom durch-

schnittlich 4,67 Cent. Bei der Windkraft sieht es ähnlich aus: Bei Onshore-Windkraftanlagen mussten wir im Jahre 2000 17,8 Pfennig für eine Kilowattstunde zahlen - jetzt sind wir bei 5,7 Cent. Die erneuerbaren Energien sind schon heute in der Produktion vielfach günstiger als neue fossile Kraftwerke. Rechnet man die Folgekosten mit ein, wird es noch klarer. So kann z.B. niemand valide die Kosten der atomaren Endlagerung berechnen. Aber egal, ob diese 100 Mio. Euro jährlich, 50 Mio. Euro jährlich oder 1 Mio. Euro jährlich betragen, wir müssen sie immer auf 1 Million Jahre hochrechnen. Denn so lange werden wir die Endlagerung absichern müssen. Dabei entstehen Kosten, die bezahlt werden müssen, vom Kunden oder der Steuergemeinschaft.

Erneuerbare Energien sind schon wegen ihres Kostenvorteils unsere Zukunft. Wir müssen jetzt aufhören nur zurückzuschauen. Die Energiewende bietet uns die Chance, Vorreiter in einer der globalen Zukunftstechnologien zu sein. Eine komplette Transformation zu einer Welt ohne den Verbrauch fossiler Quellen für Energieerzeugung und Mobilität ist möglich. Wir müssen uns nur auf alte Tugenden berufen. Tugenden einer aufgeklärten, humanistischen Gesellschaft, die Bildung und Wissenschaft akzeptiert und fördert. Die Investition in Forschung und Innovation vorantreibt, die weder romantisert auf die Vergangenheit, noch angsterstarrt in die Zukunft blickt. So sichern wir langfristig Arbeitsplätze, schützen das Klima und die Gesundheit der Menschen in unserem Land. Ich kämpfe dafür, dass die SPD, die immer Partei des Fortschritts war, diese Herausforderung annimmt. Die Energiefrage ist nicht grün, sondern rot.

Auch die Organisation der Energiewende ist für unser Gemeinwesen eine Riesenchance.

Stadtwerke, Eigenerzeuger, Mieterstrom, Energiegenossenschaften - kleine Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern übernehmen in Zukunft immer mehr Verantwortung für die Energieversorgung. Statt auf wenigen Großkonzernen wird unsere Energieversorgung auf einem dezentralen Wurzelwerk fußen. Die Produktion sauberer Energie kommt zurück in die Städte, ein Gewinn an Lebensqualität und Gesundheit. Die Debatten über Feinstaub, Luft- und Wasserverschmutzung können bald der Vergangenheit angehören. Für uns liegt es in greifbarer Nähe, eine globale Gesellschaft zu kreieren, die sich in Balance mit der Natur entwickelt und nicht auf ihre Kosten. Das ist die Vision, um die es geht. Diese Vision müssen wir den reaktionären Weltuntergangsszenarien entgegensetzen.

Ja, es gibt diese Leute, die den menschengemachten Klimawandel leugnen. So wie es Leute gibt, die ernsthaft behaupten, die Erde sei eine Scheibe. Erschreckend, aber wir sollten uns von ihnen nicht aufhalten lassen. Wir Menschen haben über mehr als zwei Jahrhunderte Treibhausgase aus fossilen Quellen in die Atmosphäre geblasen. Vielleicht ist das für manche nicht vorstellbar, dass die Menschheit damit diese Erde in ihrem Lauf verändert hat, aber es ist Fakt. Wir schulden es nicht nur uns, sondern auch unseren Kindern, Enkeln und Urenkeln, unser Land wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Der ökologische Zinseszins unserer Energieerzeugung wird von künftigen Generationen nicht zu tilgen sein. Dazu haben wir nur jetzt die Chancen. Wir müssen nur jetzt mutig zupacken. Das Verfehlen der deutschen Klimaschutzziele 2020 muss als Weckruf wirken. Deutschland muss wieder Vorreiter werden.

Klaus Mindrup, Mitglied des Deutschen Bundestages

Solidarisches Grundeinkommen

Immer wieder wird die SPD für die Agenda 2010 kritisiert — zu Recht! Letztes Jahr wurde Michael Müllers Vorschlag eines solidarischen Grundeinkommen (SGE) der Startpunkt für die Neuaufnahme der Debatte um das deutsche Sozialsystem.

Die Jusos Pankow nahmen das Thema auf und stellten auf der KDV im April einen Antrag zum grundsätzlichen Umbau der sozialen Sicherungssysteme. In diesem wurde unter anderem die Abschaffung von Sanktionen gefordert - niemand darf weniger als das Existenzminimum bekommen! Außerdem wurden Anforderungen an das SGE formuliert, z.B. dass bei diesen Stellen Tarifverträge nicht unterlaufen werden dürfen. Die SPD Pankow hat sich hinter diesen Antrag gestellt und sich zusätzlich verpflichtet, sich noch weiter mit den sozialen Sicherungssystemen zu beschäftigen.

Im Juli folgte die öffentliche Veranstaltung "Grundeinkommen - Mehr als eine Utopie" um solidarisches und bedingungsloses Grundeinkommen zu vergleichen und mit den Mitgliedern zu debattieren.

Der Arbeitskreis Jugend und Soziales der Pankower SPD erarbeitete mit dem Input der Veranstaltung einen neuen zusätzlichen Antrag und konzentrierte sich dabei auf die Reformierung von Hartz IV. Diesen Antrag findet ihr im Antragsbuch für die kommende KDV. Somit sind jetzt alle Mitglieder in den Gliederungen gefragt und können sich mit Änderungen am Antrag einbringen!

Für uns ist klar: Das kann nur der Anfang sein! In der sozialen Sicherung gibt es noch viele Baustellen, an die wir als Sozialdemokrat*innen ran müssen!

Lars Nichterlein, Ferike Thom (Jusos Pankow)

SPD Pankow trauert um Jörg Richter



Unser ehemaliger Bezirksbürgermeister Jörg Richter ist am 8. September verstorben. Er wurde 1992 und 1995 zum Bürgermeister im Alt-Bezirk Pankow gewählt und blieb dies bis 1999. Jörg Richter wurde 1939 in Dresden geboren, hatte eine Ausbildung zum Diplom-Psychologen und hat 1980 zum Dr. rer. nat. promoviert. 1989 trat er in der Wendezeit in die SDP ein. Bis zuletzt war er in der Abteilung Niederschönhausen-Blankenfelde engagiert.

Seine Eindrücke aus der Anfangszeit seines Engagements für die Sozialdemokratie hat er in einem lesenswerten Beitrag für das von der SPD Pankow herausgegebene Buch „Wir 89er“ veröffentlicht. „Ich möchte zeigen, dass Gesellschaft verändert werden kann. Unkenntnis, Unbeholfenheit, aber auch charmante Naivität bringen eine menschliche Note ein, die ich nicht missen möchte“, so liest es sich in „Aller Anfang ist schwer“. Auch wenn sich seine Worte auf die Sozialdemokratie im Osten in der Umbruchzeit der Wende von 1989/90 beziehen, bleiben sie allgemeingültig. Niemand sollte die Scheu haben, sich in der SPD zu engagieren, nur weil sich andere in einigen Belangen vermeintlich oder vielleicht auch tatsächlich besser auskennen. Nur der respektvolle Umgang in politischen Diskussionen kann Grundlage sein für glaubwürdiges politisches Engagement einer solidarischeren, menschlichen Gesellschaft.

„Ein soziales und demokratisches Europa gibt es nur mit uns.“



Die nächste EP-Wahl ist eine Schicksalswahl, für die EU genauso wie für die Sozialdemokratie. Als überzeugte Europäerin und aktive Gewerkschafterin weiß ich, dass es jetzt darauf ankommt, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen und die Europäische Union wieder auf klaren Kurs zu bringen.

In Europa breiten sich Rechtspopulismus und Nationalismus aus. Deshalb gilt es den "Traum von Europa" wiederzubeleben, denn unser einzigartiges Wohlstands- und Friedensprojekt ist in ernster Gefahr.

Die EU ist durch die unsoziale Sparpolitik in eine gewaltige Schieflage geraten und sie ist mehr denn je gespalten. Wir müssen deshalb den inneren Zusammenhalt in Europa wieder stärken. Dazu ist ein echter Kurswechsel in der europäischen Wirtschafts-, Sozial- wie der Steuerpolitik nötig.

Wir brauchen die Stärkung von Zukunftsinvestitionen, eine Reform der Wirtschafts- und Währungsunion und eine faire Handelspolitik.

Wie wir in Europa in Zukunft leben und arbeiten werden, hängt wesentlich von der Arbeit des Europäischen Parlaments ab. Inhaltlich

reizt mich deshalb besonders die Sozial- und Wirtschaftspolitik. Ich engagiere mich für starke soziale Rechte, für gute Arbeit, gerechte Bezahlung, Anti-Diskriminierung, hohen sozialen Schutz, Integration und die soziale Teilhabe aller. Ich möchte mit dafür sorgen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in Europa wieder spürbar zu verbessern.

Zusammen mit den vielen aktiven Europäer*innen der Berliner SPD in ganz Berlin unterwegs zu sein, auf die Berliner*innen zuzugehen und Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten – darauf freue ich mich!

Gaby Bischoff wurde auf dem Landesparteitag der Berliner SPD Anfang Juni zur Berliner SPD-Kandidatin für das Europäische Parlament (EP) gekürt. Laut Wahlgesetz bedarf es aber noch der formellen Aufstellung durch die Landesvertreterversammlung.

Impressum

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD Pankow—
Kreisgeschäftsstelle „Gertrud Hanna“
Berliner Straße 30
13189 Berlin

Telefon: 030 962 09 660

E-Mail: kreis.pankow@spd.de

V.i.S.d.P.: Knut Lambertin, Kreisvorsitzender

Redaktion: Birte Darkow, Rolf Henning, Jens Peter Franke

Redaktionsschluss: 12. September 2018

<http://www.spd-pankow.de>

<https://www.facebook.com/SPD.Pankow>

Bildnachweise: Foto Knut Lambertin (S. 1) privat; Fotos S. 3 © Rolf Henning und Kathrin Kammermeier, Foto Dennis Buchner (S. 4) © Simone M. Neumann/SPD Pankow, Foto S. 7 © Birte Darkow, Foto Klaus Mindrup (S. 8) © Thomas Immo, Foto Jörg Richter (S. 10) © Torsten Hofer, Foto Gaby Bischoff (S. 11) © EU 2018